

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Teutschland 1 Mk. 50 Pf. pro
Quartal.
Monatlich-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat des Jahres bezogen; im
März, April und Oktober. Sohin-
Abrechnung auch auf den 1ten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Interesse
best. Belegungen Nr. 10 Pf. 10 Pf.
best. Belegungen Nr. 10 Pf. 10 Pf.
best. Belegungen Nr. 10 Pf. 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen in alle Verhältnisse und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: E. J. Demer. Genoa-
Schuldbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Dab, 630 North
3rd Street.
J. Hall, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: G. H. Sogge.
Chicago: H. A. Kaufmann, 74 Clybournstr.
San Francisco: J. Dab, 418 O'Farrell
Street.
London: Knapp, 3 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 47.

Sonntag, 22. April

1877.

Die Neuwahl in Berlin.

Die Wahl eines Parteigenossen Hasenclever ist im Reichstage am 18. April für ungültig erklärt worden.

Die Gründe sind den Lesern bekannt; die Nachlässigkeit einiger Magistratsbeamten, welche mehrere Bogen in eine falsche Wahlliste geheselt haben, trägt die Schuld an der Ungültigkeitserklärung.

Ueber die höchst interessante Debatte, die im Reichstage bei der Wahlprüfung stattfand, und in welcher Parteigenosse Rost in trefflicher Weise für die Gültigkeit sprach, werden wir noch näher berichten — hier mag nur angeführt werden, daß außer unseren Parteigenossen nur der Däne Krüger und der Abgeordnete des Centrums Schröder-Pippardt für die Gültigkeit der Wahl Hasenclever's stimmten.

Abgeordneter Rost hatte genau ausgerechnet, daß immerhin, wenn man die in dem Wahlprotokolle angeführten Protestierenden abzähle, noch eine Majorität von 10 Stimmen vorhanden sei, doch Reaktion und Fortschritt und das Centrum, welches in letzter Zeit dem Fortschritt gern jeden Gefallen thut, sie standen alle vereinigt bei dieser Abstimmung, die einer unserer Genossen einen parlamentarischen Meuchelmord nannte.

Die gedachten Fortschrittler, ihres höchst zweifelhaften Sieges kaum froh, sahen übrigens genau so aus, wie das böse Gewissen — sie wagten kaum, unseren Abgeordneten in's Gesicht zu sehen.

Daß Hasenclever bei der Wahlprüfung im Reichstage nicht anwesend war, halten wir für sehr natürlich, da er für seine eigene Wahl selbst nicht eintreten und durch seine Abwesenheit überhaupt noch bemerklich machen wollte, daß eine Personenfrage überhaupt nicht vorliege. Die Rechtsfrage und die Parteifrage konnte aber ein anderer Genosse in dieser Angelegenheit besser betonen, als Hasenclever, da letzterer wenigstens der äußeren Form nach direkt interessiert war. Und Rost hat dies ja auch gut verstanden.

Wir werden also von Neuem in den Wahlkampf eintreten. Freuen wir uns dessen!

Der Sozialdemokratie muß fortwährend Gelegenheit geboten werden, ihre Organisation und ihre Agitationskraft in großem Maße zu zeigen — das wirkt auf Freund und auf Feind in einer unsere Sache fördernden Weise ein.

Und diese Gelegenheit haben wir jetzt wieder.

Der 6. Berliner Wahlkreis ist einer der bedeutendsten in Deutschland, er ist der Hauptsitz des Proletariats der größten Stadt des Reiches. Gegen 42,000 eingeschriebene Wähler können sich an dem Kampfe beteiligen, und unter ihnen befinden sich mindestens 32,000 Proletarier im engeren Sinne des Wortes. Es sind dies die Arbeiter, welche sich durch den Herrn Schulze aus Delitzsch das zweifelhafteste Lob ausstellen lassen mußten, daß sie die intelligentesten des Landes seien und zwar deshalb, weil sie antisozialistisch gesinnt waren, den Schulze'schen Salbadereien eine Zeit lang zulauschten und zu ihrem eigenen Schaden leider auch die Schulze-Hirsch-Dunder'schen Quacksalber-Arzneien gebraucht haben.

Der „König im sozialen Reich“, der jetzt „verwahrloste Schulze“, war auch damals König im Berliner Maschinenbauerviertel.

Doch diese Zeiten sind verfliegen. Die dortigen bewußten Arbeiter in ihrer großen Zahl sind wirklich intelligent geworden, wie das die vorige Wahl gezeigt hat, sie schwören zur Fahne des Sozialismus, der sie treu bleiben werden trotz Noth und Verfolgungen.

Der Kampf, der jetzt wieder in Berlin entbrennen wird, ist ein Kampf der Reaktion und der Kapitalmacht gegen das freibewegende Proletariat. Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein, wenn die Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen, wenn das Hungertuch, welches ihnen in der so trüben Zeit vorgehalten wird, sie nicht mühslos macht.

Doch das wollen wir nicht glauben. Sind die Arbeiter Sozialisten, so werden sie entlassen, sind sie keine Sozialisten, so werden sie gleichfalls entlassen, wenn es an Arbeit mangelt — das Kapital kennt kein Mitleid, es kennt nur den Profit.

Und wenn alle Arbeiter sozialistisch wählen, wenn sie alle als Brüder miteinander aufstehen, dann gehören die Wahlregelungen in das Gebiet der Unmöglichkeit.

Darum laßt Euch nicht verblüffen, Ihr Arbeiter in Berlin! Unsere Partei aber hat eine harte Probe zu bestehen; die vereinigten Gegner müssen bekämpft werden. Erringen wir den Wahlsieg nicht, so wollen wir wenigstens einen großen Stimmenzuwachs im Vergleich zur Wahl am 10. Januar zu verzeichnen haben — auch das ist ein Sieg, ein Sieg der Aufklärung, die immer mehr sich der Masse des Volks bemächtigt.

Fällt uns der Wahlsieg aber zu, so ist es nicht dieser Sieg, sondern hauptsächlich wieder die größere Aufklärung, die dadurch gebracht wird, welche uns erfreut und zu neuem Streben antreibt.

Also kann der bevorstehende Kampf, wenn wir sämmtlich unsere Pflicht thun, die Parteigenossen in ganz Deutschland und besonders die in Berlin, auf keinen Fall uns eine Niederlage bereiten.

Die Prinzipien des Rechts, der Freiheit und der Menschenliebe werden in das Volk immer mehr ausgebreitet, ihnen wird eine immer mehr empfängliche Stätte bereitet, sie werden eine größere Anzahl von Kämpfern erhalten in der bevorstehenden Wahlbewegung — und das ist ein unbestreitbarer Sieg unserer Partei.

Deshalb Parteigenossen tretet mit freudiger Zuversicht, aber auch mit aller Entschlossenheit und mit ganzer Energie in den Wahlkampf.

Denkt an den Ausspruch Lassalle's: „Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich!“

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Kriegsspann in Frankreich. Unter dieser ominösen Ueberschrift bringt die „erbfeindliche“, preussisch-russische „Nationalzeitung“ einen Leitartikel, der, ohne es zu wollen, den Franzosen ein gutes, den Deutschen ein schlechtes Zeugniß ausstellt. Die Franzosen sollen nämlich befürchten, daß aus dem russisch-türkischen Kriege ein allgemeiner Krieg entspringe und daß die Deutschen „über sie herfallen würden“. Daraus geht doch hervor, daß die Franzosen keinerlei Revanchegelüste haben, sonst würden sie sich nicht vor einem Kriege fürchten, der für sie die größten Aussichten auf Erfolg hätte, besonders wenn die Deutschen ohne Grund über sie herfielen. Der Leitartikel der „Nationalzeitung“ meint allerdings, daß die Kriegsbefürchtung nur das böse Gewissen der französischen Nation sei, das den Deutschen derartige Pläne unterstülze, wie sie schon lange in Frankreich vorhanden seien. — Confuleres Zeug haben wir übrigens noch nicht gelesen. Herrscht in Frankreich der Plan, über Deutschland herzufallen, dann muß ja Frankreich sehr erfreut sein, wenn ihm Deutschland dazu die beste Veranlassung giebt. Entweder ist die „Nationalzeitung“ in ihrem Franzosenhaß irrtümlich geworden, oder sie ist inspirirt worden, unter dem Deckmantel der Confulusion langsam auf einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hinzubeten, wobei es dann darauf ankäme, in der öffentlichen Meinung schon vorher den Gedanken zu colportieren, daß Frankreich „das Karnickel sei, welches angefangen habe“. — Deutschland aber kann in Hinblick auf solche Gesellen ausrufen: „Herr, schütze mich vor meinen Fremden!“

— Unser „Erbfreund“ zeigt seine liebenswürdigen Gesinnungen gegen uns dadurch, daß in Rußland, ohne alle Rücksichten auf bestehende Verträge, auf allen nach Deutschland führenden Bahnen die beladenen Waggons entladen worden sind, um zu Kriegszwecken benutzt zu werden. Welcher Schaden dadurch für unsere Handelswelt erwächst, das kümmert den „Erbfreund“ nicht — er weiß ja, daß er beschwichtigt unser „Erbfreund“ bleibt, so weiß nichtswürdige, chauvinistische deutsche „Patrioten“ von einem „Erbfeinde“ jenseits des Rheins fallen.

— Wo sind die Milliarden geblieben? Antwort: der Kriegsmoloch hat sie verschlungen! Die nationalliberale „Dresdener Zeitung“ belegt diese Antwort mit folgender Aufzählung der Verwendungen der Milliarden: „In den Jahren 1870 bis Ende 1875 sind zu militärischen Zwecken oder zur Deckung von Ausgaben, welche mit der Kriegsführung zusammenhängen, insgesamt 1962 Millionen Mark aus der Reichskasse geflossen. Darin sind die Kriegskosten des Norddeutschen Bundes mit einbegriffen, nicht aber gleichzeitig die besonderen Kriegskosten der süddeutschen Staaten, welche dieselben aus ihren Anteilen an der Kriegescontribution zu decken haben. Die pro 1876 und die folgenden Jahre noch in der Kasse zurückgebliebenen 240 Millionen Mark dienen, mit Ausnahme von 82 Millionen Mark, welche noch zum weiteren Ausbau der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen bestimmt sind, gleichfalls jenen Zwecken. Sonach fallen schon im Ganzen von der französischen Kriegescontribution 2120 Millionen Mark auf solche Nothen. Rechnet man dazu, daß die 159 Millionen Mark im Reichsfestungsbau-Fond auch zur Stärkung der Wehrkraft dienen, daß ebenso die 561 Millionen Mark im Reichsinvalidensond bis auf den jetzt als entbehrlich berechneten Bestand von 108 Millionen Mark nur als Äquivalent für die durch den Krieg erwachsenen Invalidenpensionen darstellen, so kommt man schon auf einen Betrag von 2732 Millionen Mark. Die süddeutschen Staaten ihrerseits haben von ihren 444 Millionen Mark Antheil zum Mindesten 300 Millionen Mark für Militärzwecke verausgabt. Sonach entfallen von den von Frankreich empfangenen 4455 Millionen Mark weit über 3000 Millionen Mark oder mehr als zwei Drittel auf Deckung von Kriegskosten oder Kriegsschaden, sowie auf „Verbesseerung“ der militärischen Einrichtungen für die Zukunft!“ — Die Kirche hat einen guten Magen! — so lautet ein altes Sprichwort; der moderne Militärstaat aber darf der Kirche jetzt nichts mehr vorwerfen, er übertrifft sie noch an Appetit. Doch wie sich die Kirche den Magen verdorben hat, so geht es auch dem Militärstaat, beide kränken ihrer Auflösung entgegen.

— Kantedi ist aus dem Gefängnisse entlassen worden. Man spricht davon, man habe den Verlezer des Amtsgeheimnisses in der Person eines Postagenten ermittelt — die Wahrheit des Letzteren bezweifeln wir. Vielleicht ist Kantedi am 18. April entlassen, weil am 19. April im Reichstage die Debatte über den Fall Kantedi bevorstand.

— Ueber das neu herausgegebene Programm der sozialistischen Abgeordneten im Reichstage, welches von den „V. U.-Cour.“ also vernachlässigt ist, läßt sich der „V. U.-Cour.“ also vernachlässigt: „Es bleibt unläugbar, daß alle bisherigen Anträge und Vorschläge sich theils wie Spielereien, theils wie Stückwerk ausnehmen gegenüber den tief einschneidenden und unauflösbaren Forderungen der Novelle, welche seitens der Sozialdemokraten zur Gewerbeordnung eingebracht ist. Wir haben dieselben bereits neulich im Abendblatte skizzirt und wiederholen hier nur, daß der Inhalt mit seinen Bestimmungen über freigewählte Gewerbebeamten und Gewerbegerichte, über staatliche Beaufsichtigung durch unabhängige Reichs-Fabrikinspektoren, über Kinder- und Frauenarbeit und über Nacht- und Feiertagsarbeit vollen Anspruch auf alleräußerste Berücksichtigung verdient. Ja, wir möchten behaupten, daß die Zurückweisung der in diesem Arbeiterschutzgesetze niedergelegten Petita sich von keinem volkswirtschaftlichen oder sozialpolitischen

Standpunkte aus rechtfertigen ließe. Und wir glauben, daß, wenn diese Zurückweisung dennoch erfolgt, das aus einer unglücklich antragstellende Partei auf den Inhalt des Antrags selbst überträgt, wird erklärt werden müssen.“

So zutreffend das Urtheil des gegnerischen Blattes auch ist, so sieht doch schon soviel fest, daß der Gesekentwurf, der, wie wir in voriger Nummer schon erwähnten, einer Commission zur Vorberathung überwiesen, für diese Session also so gut wie beseitigt ist, auch später keine Aussicht hat, angenommen zu werden. Zu dieser Annahme berechtigen uns die gelegentlichen Äußerungen einiger Führer der Reichstagsmajorität. Das arbeitende Volk wird daran vollständig einsehen, daß die Sozialdemokratie allein die rechte Schmiehe ist, an welche es sich zu wenden hat, wenn es seine Interessen gewahrt wissen will.

— Der brave Dasker hat uns von allen gegnerischen Rednern in der Gewerbeordnungsdebatte am besten gefallen. Er vertheidigte selbstverständlich den liberalen Standpunkt, wandte sich dann gegen die Conservativen, indem er die früheren Zustände in Deutschland mit der Sklaverei verglich und von der Reichspresse sprach, die auf dem Rücken der Arbeiter tanzte; die Liberalen kamen noch schlechter weg, indem er ihren Antrag einfach reichsfeindlich und undiskutierbar nannte. Nachdem er nun noch von verflochtenen Handwerkern gesprochen hatte, hielt er die Sozialdemokratie allerdings für eine berechnete Erscheinung — er sagte sogar, daß man in dem Arbeiter, welcher die volle Gleichheit wolle, nur das Erwachen des allgemeinen Menschengefühls erblicke —, daß aber wachte er sich zu den sozialistischen Anträgen, die er, im Gegensatz zu Max Hirsch, zu rein sozialistischen stempelte und für unannehmbar erklärte. Das gefällt uns. Dasker vertheidigte nur noch den Liberalismus, wobei er nur vorgah, der Hungerpeinliche des Kapitalismus, die auf dem Rücken des Arbeiters tanzt, Erwähnung zu thun.

— Zur Ungültigkeitserklärung der Wahl Hasenclever's. Der Redakteur der „Nationalzeitung“, Reichstagsabgeordneter Dernburg, hat im Reichstage gesagt, dem Abgeordneten Hasenclever sei nach seinem eigenen Ausspruch ein Sitz im Reichstage keinen Nadel werth. Hasenclever hat gesagt, er gebe für seine Person keine Nadelmünze für ein Reichstagsmandat (Hasenclever ist eben kein eisser Ged, wie verschiedene Mitglieder der Dernburg'schen Fraktion des Reichstags); doch im Interesse der sozialistischen Partei würde er vor keiner Anjüngung zurückweichen, das Mandat, wenn es verloren gehe, zurückzuerobren zu helfen. Das lautet doch ganz anders! Dr. Dernburg ist natürlich ein Literat an einer „anständigen“ Zeitung, deshalb hat er auch im Parlament eine indirekte Unwahrheit gesagt — was doch nicht alles die leidige Gewohnheit thut! — Die Unwahrheit war aber auch noch durch die pure Angst vor den Sozialisten dem Chefredakteur der „Nationalzeitung“ eingegeben worden. Man merkte es an der folgenden Äußerung: „Die Wähler des 6. Berliner Wahlkreises würden sich wohl nicht überreden lassen, daß die Wahl zu Unrecht kassirt und die Wiederwahl Hasenclever's ein Akt der Gerechtigkeit für die Unterdrückten sei.“ Das ist die Sprache des Gewissens, Herr Dernburg, welches sich vor dem Volkstheile fürchtet! Das ist eine Sprache, um den „parlamentarischen Meuchelmord“ zu verdeden! — Dernburg war es auch, der den Reichstag auf das Fehlen Hasenclever's bei der Debatte ausdrücklich aufmerksam machte. — Uebrigens erklärte zum Schluß der nationalliberalen Berichterstattung Vopcke, wohl auch um sein Gewissen zu beruhigen, folgendes: „Der Fehler, welcher hier vorliegt, ist in letzter Instanz auf die Berliner Behörden zurückzuführen.“ — Nun gut! Die Berliner Majorität des Parlaments, nach dem Herrn Dernburg, weder aber dem Berliner Magistrat einen Gefallen erzeigen wollen.

— Ueber das neu herausgegebene Programm der Fortschrittspartei macht sich jeder freisinnige Mann mit Recht lustig. Das Programm fordert nur die Erhaltung des gleichen Wahlrechts, nicht seine Uebertragung auf die Einzelstaaten und die Gemeinde; und während das gleiche Wahlrecht erhalten werden soll, erklärt einer der Unterzeichneten des Programms, der fortschrittliche Abgeordnete Windthorst (Wielefeld), in einer Versammlung zu Dortmund, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine „Verfälschung der Volksgemeinschaft“ sei. Desungeachtet stößt man ihn aber nicht aus der Partei. Also ernst meint es die Fortschrittspartei auch nicht mit dem gleichen Wahlrecht. — In Bezug auf die Forderung der Vereins- und Versammlungsfreiheit sei bemerkt, daß die Fortschrittspartei 1873 beantragte, das preussische Vereinsgesetz auf Mecklenburg auszu-dehnen, und daß der Abgeordnete Wigberts bei Verathung des Preßgesetzes die sozialistischen Abgeordneten zurief, wir wollen Preßfreiheit, aber keine Preßzensur, und damit stimmte man den Preßnebelparagraphen zu. So sieht es auch mit den fortschrittlichen Anschauungen von Vereinsfreiheit aus — das preussische unter Rantow's entstandene Vereinsgesetz soll auf ganz Deutschland übertragen werden. — Dann fordert das Programm Verminderung der Militärdienstzeit mit Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligen-Instituts — somit kann also nur von einer zweijährigen Dienstzeit die Rede sein, und außerdem vertheidigt die Fortschrittspartei in dem Einjährig-Freiwilligen-Institut das Privilegium des Besitzes. Wir haben es also auch in diesem Falle trotz Dunder, Hirsch und Schulze mit einer arbeiterfeindlichen Partei zu thun. Im Uebrigen hat die Fortschrittspartei dem Landsturmgesetz vor zwei Jahren zugestimmt, nach welchem der Deutsche bis zu seinem zurückgelegten 42. Lebens-

jahre der Trommel folgen muß — das ist eine schöne Verminderung der Dienstzeit. — In Bezug auf die Diätenforderung sagt die „Frankfurter Zeitung“ recht treffend: „Daß die Diätenforderung nicht selbst, versteht sich von selbst. Darauf hat die Fortschrittspartei seit 1867 ein Patent und wie sie die Durchführung des constitutionellen Systems versteht, wird sie es wohl noch lange behalten. Alle Jahre ein Antrag, alle Jahre eine Rede ihres verwinkelten Schulze, alle Jahre in den Akten den Vermerk: der Bundesrat hat den Antrag abgelehnt, alle Jahre ein Parisus-Nichter'scher Lobgesang auf diese neue That — die Geschichte hat nun nachgerade den Schritt vom Erbhabenen zum Väterlichen so weit hinter sich, daß ernste Volksvertreter sich wirklich befinden sollten, ob sie die Comödie noch ferner mitmachen wollen.“

Die Sozialdemokratie hat in Bezug auf die Diätenfrage bekanntlich die entsprechende Stellung eingenommen — das erste Mal, wenn der Antrag in einer Legislaturperiode eingebracht wird, stimmen die sozialistischen Abgeordneten mit „Ja“, späterhin aber enthalten sie sich der Abstimmung oder gehen gar nicht in die betreffende Sitzung. — Daß die „Frankfurter Zeitung“ den „König im sozialen Reich“ mit dem Feldmarschall Wrangel vergleicht, ist eigentlich noch schmeichelhaft für Schulze — bildet der altersschwache Wrangel auch eine etwas komische Figur, so fällt er doch niemals aus der Rolle und seine Komik ist auch meist eine freiwillige, diejenige aber des patheistischen Herrn Schulze ist immer eine unfreiwillige, deshalb allerdings noch drastischer. Und die Fortschrittspartei ist Schulze! Sie ist auf dem politischen Theater die komische Alte.

— Daß wir keine vernünftige Volkserziehung besitzen, gesehen unsere Gegner oft genug selbst ein. So schreibt in den „Iphoeer Nachrichten“ ein Fachmann: „Daß in der Ausbildung der Mädchen bisher Vieles vernachlässigt und viel gesündigt worden ist, wer will das in Abrede stellen? Ein großer Teil unserer weiblichen Jugend ist entweder höchst mangelhaft gebildet, oder, was noch schlimmer ist, verblödet. Die Mädchen der ärmeren Klasse, des Kleinbürgers- und Handwerkerstandes erhalten bis heutzutage in der noch immer höchst mangelhaft gestalteten Volksschule einen nothdürftigen Unterricht, der nicht über die ersten Elemente hinausgeht. Die Mädchen der wohlhabenderen Klasse besuchen Privatinstitute und Mädchenpensionate, wo ihnen stellenweise ein zierlich garnirtes Ragout von Bildung verabreicht wird, das den Geist am Ende kaum besser nährt, als das trockene Morgenbrot, welches in jenen auf Massenunterricht berechneten Anstalten den ärmeren und minder gut situierten Schwestern verabreicht wird. Die Folgen einer solchen Halb- und Halbkultur können nicht ausbleiben, und um so weniger, als die Bildungszeit der Mädchen so frühzeitig als möglich abgebrochen wird, bei den Einen, damit sie im harten Prohibitiv der Tretmühle des Lebens einem geistlosen Erwerb nachgehen, bei den Anderen, damit sie so früh wie möglich der großen Zahl Derjenigen eingereiht werden, die den schönen Lebensabschnitt zwischen Confirmation und Ehestand, resp. Wittwenstand, nicht vollends richtig, doch sind wir der festen Ueberzeugung, daß die heutige Gesellschaft solche Zustände weder ändern will, noch ändern kann. Eine allgemeine gute Volkserziehung kann nur in einer auf allgemeinen, gleichen und rechtlichen Grundlagen beruhenden Gesellschaft stattfinden.“

— In der famosen Disziplinaruntersuchungssache wider den Postsekretär Klind in Ottenheim, die nächstens vor dem Disziplinarhof in Leipzig verhandelt werden wird, hat der als öffentlicher Ankläger fungierende Geheim-Oberpostsekretär Prof. Dr. Dambach unter Anderem behauptet, daß die in verschiedenen Blättern erschienenen Artikel über Stephan's Postwirtschaft, welche mit k unterzeichnet waren, von Frau Postsekretär Klind herrührten; die Uebereinstimmung des Stils sollte diese Behauptung unterstützen. Die Sache wird übrigens merkwürdig in die Länge gezogen. Klind ist schon den ganzen Winter hindurch auf Wartefeld gestellt. Wird er nun auch in zweiter Instanz, wie nicht anders zu erwarten steht, freigesprochen, so hat sich die Postverwaltung selbst eine ihrer Arbeitskräfte auf lange Zeit entzogen gehabt, der sie dann den Gehalt nachzahlen und voraussichtlich die Kosten ersetzen muß.

— „Das Großkapital ist nicht zur Herrschaft gelangt, im Gegentheil es ist jetzt der kleine Kapitalist auch im

Stande, sich am Großbetriebe mit zu beteiligen“ — wer sprach diesen Satz aus? Es war der Abg. Grumbrecht, Exkommunist, jetzt kohl-raben-schwarz-schnee-weißer Nationaler bei Gelegenheit der Gewerbeordnungsdebatte im Reichstage. Der Mann hat Recht — der kleine Kapitalist (niedere Beamten, Wittwen, die sich einige 100 Mark erspart haben, kleine Handwerker u. c.) sie können sich an der Großindustrie beteiligen, indem sie sich eine Aktie kaufen. Sie haben dies ja auch gethan, und solche Beteiligung war für sie — das heißt für die Gründer — äußerst segensreich.

— Die Handlungsweise des Herrn Krupp in Essen wird selbst von nationalliberalen Blättern scharf verdammt. So schreibt die „Westfälische Zeitung“: „Commerzienrath Krupp, der schon kürzlich ein Drohkircular gegen die Sozialdemokratie an seine Arbeiter gerichtet, wie er dieselben früher vor Beteiligung an Akerischen Agitationen warnt, hat 128 Arbeiter, welche das in Essen erscheinende sozialdemokratische Blatt hielten, aus der Arbeit entlassen. Ob Herr Krupp damit seinen Werken nützt, wird er selbst zu beurtheilen haben; daß er aber jedenfalls die Sache der Sozialdemokratie durch solche Gewaltmaßregeln nur fördert, dürfte auf der Hand liegen.“ — Tessendorf, Krupp, Eugen Richter, Bismarck und Eulenburg sind bekanntlich längst unsere besten Freunde, Mitarbeiter und Agitatoren.

— Waffentragen außer dem Dienst. In Bremerhaven hat der dortige Commandeur den Soldaten das Waffentragen außer Dienst verboten, damit die vielen Schlägereien vermieden oder doch unblutig gemacht werden. — Ein vernünftiger Commandeur. Ob dieses Verbot wohl Nachahmung findet?

— Eugen Richter, der große Eugen, nennt die „Deutsche Post“ ein albern redigirtes Blatt. Unter der früheren Redaktion erbat er sich zu seiner Information zum Oestereu ganze Jahrgänge des Blattes. Möglich, daß ihn später ein Artikel des Blattes verschimpft hat, der seine eigenthümliche Haltung den Beamten gegenüber in das wahre Licht setzte. Jedenfalls hat das „albern redigirte“ Blatt der Beamenschaft mehr genützt, als Eugen Richter und gewisse Personen, die sich mit falschen Bedenken schmücken.

n. Berlin, 17. April.

Nach rascher Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung (Anleihe für Zwecke der Marineverwaltung und der Post- und Telegraphen-Verwaltung im Gesamtbetrag von 33,863,000 Mark — für das reiche „Reich“ natürlich ein Pappentitel, um welchen ein Wort zu verlieren „unnobel“ wäre), beschäftigte sich der Reichstag in seiner heutigen Sitzung mit der projektirten „Anleihe zur Durchführung der Kasernierung des Reichsheers“. Die Anleihe soll 168,200,000 Mark betragen. Weitere 168 Millionen Mark für den Militarismus, das heißt für gänzlich unproduktive, ja geradezu reichthumszerstörende Zwecke in einem Moment, wo das Spesen des Hungertypus seinen Rundgang durch Deutschland hält — man sollte es für unmöglich halten. Aber die Majorität des Reichstags kennt kein „unmöglich“ in solchen Dingen. Herr Richter (Eugen der edle Geschäftspolitiker) knabberte in seiner bekannten Weise an dem Gesetzentwurf herum, dessen Verweisung an die Budgetcommission er befürwortete. Ein Ultramontaner, Namens Schalka, brachte allerhand Bedenken zum Ausdruck; der national-liberale Herr Behrens sprach formell die Verweisung an die Budgetcommission. Während Behrens sprach, setzte das lebendige Reichsinstitut Valentin sich in Bewegung und deponirte auf dem Bureau den üblichen Schlussantrag. Es war nämlich ruchbar geworden, daß sich im Namen der Sozialdemokraten Bräde zum Worte gemeldet hatte. Der Präsident war gerade im Begriffe, den Schlussantrag anzuführen, da meldete sich ein Regierungscommissar zum Wort, um einige Bemerkungen zu machen, und verhinderte dadurch die sofortige Abstimmung über den Valentin'schen Antrag. Allein man wußte sich zu helfen — Herr Lucius, der bekannte Bismarck-Dolmetscher, erhob sich und sprach ein paar unerlässliche Worte und — das Bei der Rede-Guillotine konnte herabfallen. Kaum hatte die Majorität den Schluss angenommen, so begab sich die Mehrheit zum Bureau, um seinen, schon in der vorletzten Session eingebrachten, damals aber nicht zur Debatte gelangten Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung (gegen Mißbrauch der Schlussanträge u.) von Neuem einzubringen.

Das Haus nahm nun die gestern vertagte Gewerbeordnungs-Debatte wieder auf. Den Reigen eröffnete „unser Mag“, der zu keinen selbständigen Ausführungen kommen konnte, weil der sozialdemokratische Antrag mit Centnerschwere auf seinem Harmonie-Schädel lastete und sein Harmonie-Genium verartig ausfüllte, daß dasselbe an nichts anderes zu denken vermochte. „Die Vorschläge der Sozialdemokraten, soweit sie vernünftig sind, sind meine Vorschläge.“ wüßte der arme Mag mit der komisch-hülfslos Verzwiefelung einer Gluckhenn, der die ausgebrüteten Enten soeben in's Wasser gewatscht sind. Die arme Gluckhenn! Lassen wir sie klucken und schlucken. Was sie sonst gethan, bezw. gesagt hat, wissen wir nicht, obgleich wir sehr genau aufpassen. Es giebt perionifizierte Gemeinplätze, die Stundenlang reden können, ohne daß der feinhörigste Zuhörer im Stande wäre, auch nur einen, die Aufmerksamkeit fesselnden Satz herauszuhören. Ein solcher verkörpelter Gemeinplatz, dessen Rede in tödtlicher Monotonie hölzernen dahin klappert, wie das Geklapper einer Mühle, ist unser unglücklicher Harmonie-Mag; und seine Beredbarkeit hatte die Eigenschaft des Mählengeklappers: das ganze Haus schlief ein und erwachte erst wieder, als der letzte hölzerne Ton des Harmoniegeklappers verhallt war. Dem langweiligen Mag folgte der kurzweilige Centrumsmann und Pfarrer Westermeyer, in dem so ein Stückchen Abraham a Santa Clara (oder Kapuziner aus Wallenstein's Lager) steck; Vater Westermeyer verfiel nicht in den Fehler seines Genossen Galen, er hielt sich, in vorzüglicher Entfernung von den Nebelhöhen des Christenthums, hübsch praktisch auf der praktischen realen Erde und beleuchtete, zum Theil mit viel Mutterwitz und durchaus treffend, die heutigen gewerblichen Verhältnisse. Es war eine höchst ergötzliche Abwechslung von gesundem Menschenverstand und komischem Unsinn und unsinniger Komik. — Um die Palme der Lächerlichkeit rangen zwei tapfere Reichstags-Mundhelden mit Westermeyer: der alte Grumbrecht und der ältere Kleist-Regow. Ersterer produzierte sich in einer schwarz-roth-weißen, letzterer in einer schwarz-weißen (keine Spur des gottlosen Roth verrathenden) Karrenlapp — das war eigentlich der ganze Unterschied. Amüsante Ränge sind's — das muß man ihnen lassen, und schwer ist es zu entscheiden, welchem von Beiden, nein von den Dreien der Preis zuzuerkennen. Eine unparteiische und gewissenhafte Prüfung zwingt uns aber doch, Kleist-Regow als Sieger zu proklamieren. Das geflügelte Wort, welches ihm in der Hitze des Redefechts entfuhr: „die Gleichheit ist unmöglich, sie ist gegen die Natur, in welcher die Verschiedenheit herrscht, denn manchmal sind die Mädchen von den Knaben verschieden“ brachte das stampfende junckerliche Schlachtroß um anderthalb Pferdelängen vor seine Mitbewerber.

Nur Einer im Reichstag ist fähig, Kleist-Regow ernst zu nehmen — der Einzige, der auch den deutschen Parlamentarismus ernst nimmt: Lasler. Lasler schwang sich auf seinen Kiepper und trabte in die Rennbahn, um eine Lauze zu brechen für die moderne Freiheit und Gleichheit — „die ich meine“. Der Kampf gegen den Wind und die Windmühlen des boursischen Vollblut-Junkers war rechtspassig, jedoch lange nicht so amüsant, wie das Gepolter des heiteren Kieblatts Westermeyer, Grumbrecht, Kleist-Regow. Und dann ging das Lasern los über die Gewerbeordnung. Die Gewerbeordnung ist schlecht — die Gewerbeordnung ist gut — die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung sind schlecht — die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung sind gut u. s. w. Gut — schlecht. Gut — schlecht. Gut — schlecht. Selbst ein Priester des delphischen Apollo würde nicht erlauben haben, ob der Mann „gut“ sagen wollte oder „schlecht“. „Gut — schlecht; gut — schlecht; gut — schlecht.“ Nur bei dem sozialdemokratischen Antrag ging das Gleichgewicht zwischen „gut“ und „schlecht“ in die Brüche; Herr Lasler geriet in Eifer, ließ an dem Entwurf kein gutes Haar und befandete eine solche — Unwissenheit in diesen Dingen, daß sein vor ihm stehender Freund Kiefert ordentlich verlegen wurde. Lasler selbst aber merkte nichts und redete sich so in die Hitze hinein, daß ihm der Schweiß von der Stirn lief. Inzwischen war es 1/2 Uhr geworden. Das Haus wurde ungeduldig. Herr Kardorff (der Ritter vom preussischen Schnaps) errang sich mit Mühe Gehör für einige kurze Bemerkungen gegen Lasler. Er erschrökte das letzte Reschken von Geduld. Um 1/2 Uhr vertagte sich der Reichstag; morgen wird die Gewerbeordnungsdebatte beendigt werden. Die Antragsteller — untererwärts Belal — haben das Wort. Außerdem stehen verschiedene Berichte der Wahlprüfungs-Commission auf der Tagesordnung, darunter der über die Wahl (Hansenlevers) im 6. Berliner Wahlkreis.

Die Slovaken-Quartiere bei Berlin.

(Aus der Pössischen Zeitung.)

Für den Menschenfreund giebt es auf dieser Erde gar zu viel zu thun, und es finden sich noch stets Männer und Frauen, welche sich der scheinbar Verlassensten annehmen. Da leben unter uns jene festsamen Fremdlinge, die ungarischen Drahtbinder, sie kommen, sie gehen, wie die Wandervögel, aber ihre Hauptquartiere in Britz, Rixdorf u. werden niemals leer. Die Meister, die Gesellen bekommt man in Berlin nur selten zu sehen. Sie arbeiten in ihren Werkstätten und haben in einer Anzahl von Kindern, die jeder Meister hält, eine Art von Sklaven, die mit ihren Fabrikaten umherziehen und jedenfalls Geld bringen müssen, wobei es dem Meister gleichgültig ist, ob das Geld aus dem Verkauf von Waaren oder aus dem Bettel stammt. Jeden Morgen um 7 Uhr werden die Kinder, in ihre Lampen gehüllt und meist barfuß, mit ihrer schweren Last hinausgeschickt, und die Bewohner der Pionierstraße haben tagtäglich das zweifelhafteste Vergnügen, die Jungen, selbst bei tiefem Schnee, barfuß in Trupps von 10—20 vorbeizusehen zu sehen. Außerdem müssen sie auch noch den ersten und letzten Anstrich des Volksdunstes aushalten, welches von dreifacher Zähigkeit ist und doch schließlich die Herzen rührt, wenn es mit slavischer Weichheit der äußeren Formen demüthig und treuherzig sein: „Nix verdient! Meister haut!“ stammelt. Die ganze Dressur dieser Kinder beruht auf Prügeln, und die Meister regieren sie damit selbst unsichtbar, wenn die Kinder weit von ihnen fort unter Fremden umherziehen. Sie sind verschwiegen, wie das Grab. Und erst bei längerer Bekanntschaft entlockt man ihnen, daß sie hungern, auf bloßer Diele schlafen und pro Tag 15 Groschen heimbringen müssen, wenn es nicht Prügel sehen soll. Sie bringen aber auch viel mehr heim, wovon die Thaler zeugen, die sie sich häufig bei den Geschäftsleuten in der Pionierstraße einwickeln. Ein Meister, der seine 8 bis 10 Jungen hat, macht also ein ganz brillantes Geschäft. Man darf seinen Reingewinn auf 60—80 Mark pro Woche veranschlagen. Seine Commissionäre in Wien für die Lieferung von Knaben sind sein aufstretende Herren, welche die Kinder mit Lederriemen an sich loden. Schon mit 7 Jahren verwendet man sie als Hausknecht, wovon man sich durch den Augenschein tagtäglich überzeugen kann. Offiziell sind sie aber alle über 14 Jahre alt — das haben die slovakischen Meister schnell gelernt. Die Kinder haben von ihrem Haus-

gewerbe keinen Vortheil, denn hundemäßiger können sie daheim nicht leben. Der ganze Vortheil fällt den Meistern zu.

Recherchen ergaben nun, daß diese Meister so gut wie uncontrolirt leben. Von dem Stande ihrer Gesellen und Knaben hatten die Ortsbehörden von Britz und Rixdorf keine Kenntniss. Eine Anzahl von Berliner Bürgern nahm deshalb die Sache selbst in die Hand und ließ sich vom Landrath eine Legitimation für diesen Zweck geben. Am Montag, den 9. d. M., Abends gingen sie an eine Untersuchung der Slovaken-Quartiere, welche in Kellern und Hinterhäusern oft zu dreien bis viereen liegen. Auf die landrätliche Bescheinigung hin diente ein Gensdarm als Führer. Genaue Auskunft vermochte auch er nicht zu geben, doch tagierte er die Zahl der Kinder in Britz allein auf etwa 40. Die Leute bewegen sich eben freier, als die eingeborenen Staatsangehörigen, ihre Führung in den Gemeineregistern ist eine höchst lächerliche. Nach ihren Quartieren brauchte man nicht lange zu suchen. Ueberall her erklang das Hämmern und Picken der Werkstätten in die Nacht hinein. In einem Raum von höchstens 12 Quadratfuß Inhalt saßen bei trüber Lampe ein Meister und 3—4 Gesellen bei der Arbeit, trostige Burschen, die bei dem Eintritt der Recherchoren keine Miene verzogen. Der Dunst in diesen Räumen spottet jeder Beschreibung. Die Wände hingen dicht voll Waare: Käsefalten, Reibbeisen, Kaffeetrommeln, Schlüsselkörbe u. dgl. m.

„Wo ist der Meister?“ „Meister ist hier!“ „Sie heißen?“ „Stephan Brakiewicz.“ „Ihren Vah?“ „Dir.“ Ein schlimmer Patron, dieser Meister Stephan, in blauer Blouse und Belzmütze, unter der ein Paar Luchsaugen aus dem scharf profilirten Gesicht mit dem lähn geschwungenen Schnurrbart hervorblitzten. „Wo sind die Kinder?“ „Oh, Kinder nicht viel. Eins — zwei — drei. Und Jascho geht morgen heim.“ Plötzlich hört man es draußen im Dunkeln rasseln, und schon schleichen drei schwer beladene Knaben herein. Sie fallen vor Müdigkeit alsbald auf die Diele nieder. „Wie alt ist der Kleinste?“ „14 Jahre.“ „Der 14 Jahre? Der ist höchstens 10 Jahre alt. Wo sind seine Papiere?“ Diese fehlen natürlich. Abermals ertönt das Rasseln, und drei neue Ankömmlinge treten ein. „Worauf schlafen die Kinder?“ „Nun, auf Strohh.“ „Wo ist das Strohh?“ „Stroh draußen.“ Man revidirt, nirgends, weder auf Flur noch auf Boden findet sich eine Spur von Strohh. „Was bekommen die Kinder zum Abendbrod?“ „Nun, Kartoffeln mit Häring oder Häringbrod oder so etwas.“ „Und was bekommen sie zu trinken?“ Keine Antwort. „Nicht wahr, Schnaps?“ Nun ja,

wenn sie wollen, Schnaps, oder auch Weiß.“ „Hören Sie, die Kinder sind fast alle unter 14 Jahren alt und müssen in die Schule gehen!“ „Ach, was brauchen sie in Schule gehen. Sind schlauer, als Große.“ „Dann bekommen wohl auch die Großen von ihnen die Prügel?“ Die Gesellschaft lachte hell auf. „Nicht wahr, wenn die Kinder kein Geld bringen, bekommen sie Prügel?“ „Oh, Kinder bekommen keinen Schlag.“ Während dieser Unterhaltung stift ein Bursche auf eine slavische Artede des Meisters in die Nacht hinaus. Einige der Recherchoren eilen hinter ihm her. „Heda, Junge, sieh einmal still! Worauf schläfst Ihr?“ Athemlos listert er: „Auf Diele“ und macht dabei die Pantomime des Kopfstützens auf den Ellenbogen. „Was bekommt Ihr zu essen?“ „Kartoffeln, Kartoffeln!“ „Und wenn Ihr kein Geld nach Hause bringt?“ „Prügel, Prügel!“ Und fort war er wie ein scheues Wild.

Wir aber hatten uns überdölpeln lassen. Die anderen Meister fanden wir alle leer von Kindern. Der Bursche hatte unsere Ankauf überall hin signalisirt.

Das Resultat der Recherche war immerhin ein genügendes. Daß es hier nicht mit rechten Dingen zugeht, ist klar. Es ist samär unzulässig, daß 14 und 16 Menschen in einem knappen Raume, in dem am Tage gearbeitet wird, schlafen. Es ist unstatthaft, daß Kinder so elend ernährt und erhalten werden, wie diese ungarischen Drahtbinderkinder. Es ist endlich völlig unstatthaft, daß schon sieben- und achtjährige Kinder so mißbraucht werden. Dergleichen darf in unmittelbarer Nähe der Residenz nicht geduldet werden. Und die Behörden müssen Mittel und Wege finden, da die den Ortsvorstehern zu Gebote stehenden Kräfte nicht dazu ausreichen, daß von Berlin aus ein maßvolles Auge auf diese ungarischen Skavenhalter gerichtet werde, damit sie die Kinder menschlich zu halten gezwungen werden. Besser freilich wäre es schon, wir hätten diese Invasion überhaupt nicht, denn der Vortheil bleibt nur in der Tasche von Wenigen hängen. Das Loos der Kinder kann unmöglich in ihrer Heimath ein so trauriges sein, wie hier.

— Ein würdiger Vertreter der Heiligkeit der Ehe. Die „Berliner Freie Presse“ schreibt: Untere Nachricht, daß einem in der Potsdamer Straße zu Berlin wohnenden „Jedermann“ bekannten Abgeordneten und Zeitungsbesitzer die Frau mit Sad und Rad von dannen gezogen, können wir noch dahin vervollständigen, daß die Frau sich wegen der vielen galanten Abenteuer des Herrn Gemahls schon vor den Reichstagswahlen von ihm scheiden lassen wollte.

Wie der Präsident vor Festsetzung der Tagesordnung mittheilt, beabsichtigt man, die Session am 5. Mai zu schließen, was allerdings, wie der Präsident selbst zugab, kaum möglich sein dürfte. Die Statberathung muß im Laufe der nächsten Woche zu Ende sein, da das Budgetjahr am 31. April abläuft. Da gilt's freilich mit Dampfgeschwindigkeit arbeiten. Morgen wird schon um 10 Uhr Vormittags angefangen, und man munkelt schon von Abendessen.

Donnerstag soll u. A. die Kantaki-Affaire und der Antrag Krüger (Ausführung des Prager Vertrags betr. die Abtretung von Nordschleswig an Dänemark) zur Verhandlung kommen. Warten wir ab!

18. April.

Fortsetzung der Gewerbeordnungsdebatte. Die Antragsteller haben das Schlusswort. Zuerst tritt auf der conservativen Antragsteller Hellborn. Derselbe ist durch die Fassung der Regierung, daß eine Aenderung der Gewerbeordnung in Aussicht genommen sei, befriedigt. Im Uebrigen plaidirt er für die conservativen Anträge: Contraktbruchbestrafung, Lehrlingszwang etc. Aus den Reden dieser Herren dusset immer ein gutes Stück Mittelalter. Erwähnenswerth erscheint uns noch, daß der Herr Einföhrung der Arbeitsbücher zum — Schutz der tüchtigen Arbeiter verlangt. Er freut sich, daß die sozialistischen Abgeordneten ihren Antrag eingebracht. Derselbe enthalte eine ganze Reihe von Bestimmungen, denen die conservative Partei aus vollem Herzen zustimme, natürlich vorbehaltlich einiger Aenderungen. Es sei zu hoffen, daß, wenn die Sozialisten in dieser Weise fortfahren, sie wohl warme Freunde des Arbeiterstandes bleiben, aber aufhören werden, Sozialisten zu sein. Wir fürchten, dem Redner steht eine grausame Enttäuschung bevor. Neu ist jedenfalls die Theorie, daß wer ein „warmer Freund des Arbeiterstandes“ ist, kein Sozialist sein kann. Mit der „warmen Freundlichkeit“ des Hrn. v. Hellborn und seiner Gesinnungsgenossen scheint es jedenfalls eine eigenthümliche Verwandtschaft zu haben, eine ebenso eigenthümliche, wie mit seiner Logik. Im Namen des Centrums folgt ihm als Redner Windthorst, auf den die bisherigen Debatten einen sehr erfreulichen Eindruck gemacht haben, im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Weßermeyer, auf den sie einen sehr traurigen Eindruck gemacht. Die Polizei, der Staat, können nicht Alles thun; durch Gesetze allein sei den Uebelständen auf gewerblichem Gebiet nicht abzuhelfen. Die Menschen müßten sich Entbehrungen auferlegen, weniger dem materiellen Genuß nachhagen — das und das allein werde dauernde Besserung schaffen. Also eine neue Spartheorie, mit der freilich Herr Schulze nicht ganz zufrieden sein dürfte. Wir müssen Ärgernisse werden, möglichst viel Bedürfnisse uns abgewöhnen — wer keine Bedürfnisse hat, kommt Gott am nächsten, und ein Volk, welches fromm und geduldig Hungers stirbt, hat den Gipfel des Windthorst'schen Gesellschafts-Ideals erklimmt. Das ist freilich die gründlichste Lösung der sozialen Frage. Zu den sozialdemokratischen Anträgen übergehend, begrüßt er deren Eindringung als ein ebenso bedeutendes als erfreuliches Ereigniß. Die Sozialdemokratie habe damit den Boden der Gesetzgebung betreten. Bisher, das sei nicht zu leugnen, seien die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag nicht so behandelt worden, wie es sich geziemt habe. Man sei sogar soweit gegangen, sie mit dem Knüttel zu bedrohen (Abgeordneter Laaker hüpfte empor, als habe er eine Ohrfeige bekommen). Man habe mit Schießen gedroht (Flinte schießt, Säbel haut). Das sei nicht der richtige Weg, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen. Man müsse mit den Sozialdemokraten im Reichstag discutiren und ihnen dabei gleichen Wind und gleiche Sonne gewähren. Sein verstorbener Freund Mallindrodt habe die Anwesenheit von 30 Sozialdemokraten im Reichstag gewünscht. Er (Windthorst) stimme mit Mallindrodt überein. Was nun speziell unsere Anträge betreffe, so seien dieselben etwas einseitig; sie befürworteten zu sehr die Interessen der Arbeiter und vernachlässigten die der Arbeitgeber (als ob letztere nicht über Gebühr bereits von der Gesetzgebung bedacht wären!). Hr. Windthorst erging sich dann in einem kleinen Exkurs über die Harmonielehre, der Max Stirner das Herz im Leib hüpfen ließ. Die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern seien nicht von einander zu trennen. Wenn es dem Einen gut gehe, dann gehe es auch dem Andern gut; und wenn dem Einen schlecht, dann auch dem Andern. „Betäubt“ hat es die kleine Excellenz, daß Frischi bei Vertbeidigung des absoluten Verbots der Sonntagsarbeit gesagt habe, die Sozialdemokraten stellten diese Forderung nicht aus religiösen Motiven. Die Religion biete die einzige

Basis einer friedlichen sozialen Reform. Es habe ihn daher auch so bitter geschmerzt — ob der fromme Redner bei diesen Worten Thränen vergoß, konnten wir wegen der diplomatischen Brille nicht sehen — daß sein Colleague Galen am Montag ausgedacht worden sei, als er von der göttlichen und christlichen Weltordnung sprach, nach welcher Staat und Gesellschaft eingerichtet werden müsse, wenn nicht Katastrophen eintreten sollten. Die Sonntagsfeier sei eine religiöse Pflicht, und den Herren Meistern, die ja ebenfalls Arbeiter seien, zu empfehlen, daß sie sich dieser Pflicht erinnerten, und zum Beispiel keine Minister-Conferenzen, Reichstags-Schließungen oder Eröffnungen am Sonntag vornähmen. Redner protestirt nun gegen die Schaffung einer bureaukratischen Maschinenrie zur Ueberwachung der gewerblichen Thätigkeit, und hat nun die Brücke gefunden, welche ihn auf das Feld des Kulturkampfes führt. Eine solche Maschinenrie würde zu Kulturkampfwegen benutzt werden; er habe nicht vergessen, daß es in einer preussischen Stadt Jahre lang gedauert habe, ehe einem katholischen Schlächter die Erlaubniß zum Schlachten erteilt worden, und habe man nicht in den letzten Jahren erlebt, daß zahlreiche Anstalten, die der Erziehung des Volkes in Fleiß und Gottesfurcht gewidmet waren, unterdrückt worden seien? Und so weiter u. s. w. Zum Schluss applizirt Windthorst dem kleinen Laaker noch einige kleine parlamentarische Liebesgrüße und bittet die Regierung, doch ja dafür zu sorgen, daß die Commission, in welche die verschiedenen Anträge ungewisslich verwiesen werden würden, nicht zu einer Todengräberei werden möge. — Herr Weßermeyer hatte die nicht sehr schwierige Aufgabe, den Liberalismus gegen die Angriffe des Centrums zu verteidigen, und machte die leichte Sache sich dadurch doppelt leicht, daß er mit großer Hartnäckigkeit den Boden der Thatfachen vertrieb, und sich auf die Rebelregionen der Phrasen beschränkte. Amüsant war ein Vergleich der Sprache, welche die Vertreter des Centrums im Reichstag und der, welche sie außerhalb desselben führen. Nicht minder amüsant wäre freilich ein Vergleich der nationalliberalen Sprache außer- und innerhalb des Reichstags gewesen. Als letzter Redner trat Bebel auf. In einjündiger, klarer Rede präzisirte derselbe die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerbeordnung und löste unter Darlegung der sozialistischen Ziel-punkte die von den Gegnern erhobenen Einwände einen nach dem andern auf, und erläuterte dann, so weit es in einer Generaldebatte angeht, die Hauptbestimmungen und Forderungen des sozialdemokratischen Antrags. Obgleich es an scharfen Angriffen auf die alten Parteien: Conservative, Centrum, National-liberale und Fortschrittler nicht fehlte, so hörte das Haus im Ganzen mit Aufmerksamkeit die Ausführungen des Redners an.

Als Bebel geendigt, begannen die persönlichen Bemerkungen. Herr Laaker, der die Unannehmlichkeit, nicht das letzte Wort zu haben, und Angriffe hinnehmen zu müssen, ohne daß man darauf antworten kann, zum erstenmal empfand, jammerte, daß ihm die Geschäftsordnung nicht erlaube, den Vortredner zu widerlegen, meinte, er sei von Bebel mißverstanden worden, hielt unter der Firma „persönliche Bemerkung“ eine kleine Rede, die nichts weniger als „Persönliches“ betraf, und suchte u. A. auch den famosen „Knüttel“ wegzuzerpflücken. Dies gelang ihm aber so wenig, daß sogar Abgeordnete seiner eigenen Partei und Mitglieder des Bureaus ihm die Fruchtlosigkeit seines Bemühens privatim nachweisen, und die Ungenauigkeit seiner beidseitigen Erklärung zugestehen mußten. Bebel erzählte noch kurz die tragi-komische Geschichte des Laaker-Knüttels — Windthorst unterließ das Haus noch durch einige Witze — ein paar Big- und Erklärungsvorleser Windthorst's und Meißner's (welch letzteren Frischi über eine mißverständliche Äußerung in seiner vorgestrigen Rede kurz zu belehren hatte) — und die Debatte war zu Ende. Der Reichstag beschloß einstimmig die Verweisung sämmtlicher eingelaufener Anträge und Resolutionen an eine Commission.

Wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, mit der parlamentarischen Campagne der drei letzten Tage zufrieden zu sein. Durch unsere Redner Frischi und Bebel sind die Ideen und Prinzipien der Sozialdemokratie in würdiger Weise zum Ausdruck gebracht worden, wozu wir auf Seiten der Gegner sich die traurigste Rathlosigkeit bekundet hat. Wir werden die Verhandlungen des Näheren besprechen und erwähnen einstweilen, daß der stenographische Bericht der Reden unserer Abgeordneten nebst einem zum Verständniß nöthigen Resümee der gegnerischen Reden in Hamburg veröffentlicht werden wird. Ferner sei noch erwähnt, daß man den Wunsch zu erkennen gegeben hat,

einen sozialdemokratischen Abgeordneten in die Gewerbeordnungs-Commission zu wählen, und daß unsererseits Frischi dazu vorgeschlagen wird.

Nach Erledigung der Gewerbeordnungs-Anträge trat das Haus in Wahlprüfungen ein. Die Wahl Weigel's in Hanau wurde von Bracke in längerer Rede bestritten, vom Haus aber trotzdem mit großer Majorität für gültig erklärt. Eine größere Debatte entspann sich über die Wahl Hasenclever's im 6. Berliner Wahlkreis. Der Berichterstatter der Wahlprüfungs-Commission, der nationalliberale Laporte, beantragte, auf einstimmigen Beschluß der Commission, die Ungültigkeitserklärung. Most kritisirte in längerer, scharfer Rede die Vorkommnisse bei der Wahl, die mangelhafte Anfertigung der Wahllisten, das liebliche Verfahren der fortschrittlichen Gemeindebehörden, die eigenthümliche Entstehungsgeschichte des Wahlprotokolls und die nicht minder eigenthümliche Logik des Commissions-Berichts und Antrags. Der Geschäftsminister Richter ließ sich in Erwartung eines Valentin'schen Schlussantrags zu einer neuen Räterattade auf die Sozialdemokratie verweisen, wurde jedoch, da Valentin gleich dem alten Homer manchmal schläft, von Most so gründlich geächtigt, daß dem Vurschen die Luft verging, sich weiter hervorzuwagen. Der zufällige Umstand, daß unsere sozialdemokratischen Abgeordneten, um besser hören zu können, in seine Nähe gekommen waren, verursachte dem tapferen Geschäftsminister solche Beklemmungen, daß das Papier mit den Notizen, welches er in der Hand hielt, wie Espenlaub zitterte.

Der nationalliberale Dernburg, der in seinem Wahlkreis Offenbach nicht die Courage gehabt hatte, seinem Gegenkandidaten Lieblucht Auge in Auge gegenüberzutreten, schloß sich in Mitten der Reinen, muthig genug, der Sozialdemokratie einen kleinen Treß zu verpassen und beschuldigte Most, eine Versammlung, in der er (Dernburg) während der letzten Wahlbewegung referirt, gestört zu haben — ein Pfeil, der von Most, da inzwischen Valentin sein Amt verrichtet hatte, in persönlicher Bemerkung auf den unglücklichen Schützen zurückgeschossen wurde. Das Alles konnte indeß nichts am Resultat ändern. Bei der Abstimmung erhoben sich bloß die Sozialdemokraten, der Däne Krüger und der Centrumsmann Schröder-Lippstadt für Gültigkeitserklärung der Wahl.

Die Wähler des 6. Berliner Wahlbezirks werden die Antwort auf den Reichstagsbeschluß nicht schuldig bleiben.

Die Sitzung dauerte bis 4 Uhr Nachmittags. Für die morgige Sitzung, die auf 12 Uhr angesetzt ist, stehen Wahlprüfungen, der Kantaki-Fall und der Antrag Krüger auf der Tagesordnung.

Correspondenzen.

Constantinopel, 12. April. Was mich zunächst hier beschäftigen wird, ist die Constitution, womit die Türkei nun auch vom Himmel geeignet wurde. Der weiße Prophet scheint es sich zu Herzen genommen zu haben, seine Glaubensfinder mit all den Vortheilen zu beschenken; die den europäischen Nationen durch die Constitution erwachsen sind. — Als hieherer Einwohner des Himmels — wo nach den neuesten Ermittlungen der hiesigen Hodjas (Schriftgelehrten) auch die constitutionelle Regierungsform eingeführt worden sein soll, um die glücklichen Seelen der verschiedenen Religionen verfassungsmäßig zusammen zu halten, hat Mohamed nun auch diese himmlische Beglückungslucht bis auf die Erde angebeutet und Mithad-Bascha war dazu bestimmt, das Sprachrohr zu sein, wodurch die guten Türlen eines Potenzen zu ihrem großen Erfreuen erführen, daß sie nunmehr auch glückliche Besitzer einer Constitution seien. — Wenn ich den Ursprung der neuen Verfassung im Himmel suche, so darf man sich darüber gar nicht wundern: kommt doch aller Segen von Oben, sagt ein Dichter! Aber besonders darf sich der bildungslose Bürger darüber gar nicht wundern, denn der constitutionelle Staat doch über Alles auf der Welt geht und der darin die Anwesenheit der heutigen Regierungswissenschaft sieht, und da eben dieser Spießbürger gewöhnlich auch ein treuer Verehrer des Himmels ist, so wird er wohl begreifen, daß die Beglückung der Menschen in constitutioneller Form von Oben kommt. Allein himmlisches Glück ist auch nicht ohne Dornen und der Beglückter der Türlen, Mithad, war der Erste, an dem die constitutionelle Freiheit durch Unfreiheit erprobt wurde. Gerade so wie bei Ihnen schon mancher Rechtsverteidiger auf ein paar Jahre in eine Festung wandern mußte, so mußte unser Mithad, von der Constitution geschirmt, nach dem Auslande ziehen. Unterdessen ist allerdings die Verfassung in Kraft getreten und die Kammer tagt fleißig, und hat bereits die übliche Adresse in Antwort auf die Thronrede erlassen; nächstens wird derselben ein Haufen von Projekten vorgelegt, die, nachdem sie sorgfältig berathen, nach hiesiger Sitte nie zur Ausführung kommen werden.

Der die Türkei genau kennt, wird von derselben keine Reformen erwarten, denn es fehlt ganz und gar an Elementen, die dieselben zur Ausführung bringen könnten. Um dies zu erklären, will ich einige Betrachtungen anstellen, über das Volk, auf dessen Boden auf so unerhoffte Weise die constitutionellen Freiheiten hingeworfen worden sind; und hier tritt uns zunächst die gänzliche Unbildung des Volkes entgegen, welches den Sinn einer Constitution gar nicht zu fassen vermag und dem ein geschiedener Monarch als Abdul Hamid jedenfalls mehr Noth thäte als alle möglichen Constitutionen der Welt, von denen es nichts zu hoffen hat, da die höheren, durch uns durch entsetzten Klassen doch nur jede Verfassung dazu benützen werden, um das Volk Hand in Hand mit dem Monarchen zu pressen. — Abdul Hamid selbst ist ein kranker und angebildeter Mann, den bald die eine, bald die andere Grille leitet und der von der Verfassung eben keinen besseren Begriff hat, als der harmloseste seiner Unterthanen. Daß der Mann seine Zustimmung zur Constitution gab, hat darin seinen Grund, daß seine Rathgeber ihn davon zu überzeugen wußten, daß endlich einmal etwas geschehen müsse, um Sand in die Augen der allerdriftlichen europäischen Monarchen zu streuen, die um das Wohl der in der Türkei lebenden Christen so besorgt sind, währenddem es ihnen gar nicht darauf ankommt, die Christen zu Hause am Hungertopfe zu Grunde gehen zu lassen. Hiermit will ich natürlich keineswegs gesagt haben, daß die lebenden Christen der Türkei keiner Unterthänigkeit würdig seien.

Für das Heil des türkischen Volkes darf man also auf Abdul Hamid nicht bauen; er wird der Spielball der ihn umgebenden Rathgeber bleiben und trotz Constitution hängt nach wie vor das Gedächtnis des Staates vom Großvezir ab, oder von sonst einer dem Sultan nachstehenden Persönlichkeit. Der Großvezir kann eigentlich auch nicht selbständig handeln; er muß die Zustimmung des Sultans besitzen, sind aber bei diesem andere Einflüsse härter als die des Großvezirs, so reducirt sich des letzteren Wirken auf Null. — Gegenwärtig ist gerade dies der Fall. Mahmed Bascha ist der Rathgeber vom Vertreter des Propheten, und die ersten Resultate seiner Thaten waren leider bereits verderbend für das Land, dem Mithad entzogen wurde,

Ich biete Dir als Mitgift die wahren Eigenschaften einer guten Republikanerin, vierzigtausend Francs Renten und die zweiundzwanzig Jahre einer jungen Wittwe. Wenn dieses Anerbieten Dir entfällt, so antworte mir, ich sehe Dich darum an. Meine Adresse ist an die Wittwe Julia, poste restante, Nantes. Wenn ich Dich bitte, mir postea restato zu schreiben, so ist es weil ich fürchte, daß meine Mutter mich um meiner Unüberlegtheit willen anzuknien möchte. Wenn ich so glücklich bin, von Dir eine günstige Antwort zu erhalten, so werde ich mich beileben, sie ihr zu zeigen. Dann kein Gebenank mehr! Adieu, mein Bielgeliebter, denke an die kleine Kantakerin und an diese unglückliche Stadt, die von der Geißel des Krieges hart getroffen ist. Da Dem Verdienst Dir in der Nationalversammlung viel Einfluß giebt, so mache doch Anstrengungen, um uns aus dem Glend, in dem wir stecken, zu befreien. Ich spreche nicht für mich, sondern für alle die braven Oehnhosen und guten Bürger. Antworte mir, ich bitte Dich, wenn nicht, werde ich zudringlich werden. Adieu noch einmal. Denke an die Unglückliche, die nur für Dich lebt.

Verwende nicht das Siegel der Convention. Schreibe mir als einfacher Privatmann.

Wie schade, daß man nicht weiß, was Robespierre dem verliebten Wüsthin und Nantes geantwortet hat! Es wäre so kurios, den großen Revolutionär in der neuen Beleuchtung eines coiffischen Correspondenten kennen zu lernen.

Ober der heutigen Ausdeutung. An einem Neubane in München ist ein Gewölbe eingestürzt, wodurch eine schwangere Tagelöhnerin erdrückt und einer andern Frau durch die herabfallende Mauer beide Hüfte zertrümmert wurden; ein Rauzer, der ebenfalls schwere Verletzungen erlitt, verstarb auf dem Wege zum Krankenhaus. — Während tausende kräftiger Arbeiter Hungernd auf den Straßen herumzulaufen gezwungen sind, müssen schwangere Frauen, um den Hunger ihrer Kinder stillen zu können, Männerarbeit verrichten und ihr Leben lassen, so will es die heutige göttliche Weltordnung.

Ein Prozeß um einen Hiel. Unser Parteizug, die „Chemnitzer Freie Presse“, hat schon eine ganze Reihe von Beschprozessen überstanden. Der merkwürdigste ist ihr aber doch wohl kürzlich zu Theil geworden. Das gedachte Blatt schreibt nämlich: „Entrücket aber die abgeschmackten Beleidigungsklagen, die wir erlitten hatten, bilden wir in den „Hältern“ einen Hiel ab mit der Unterschrift: „Wünsche nie einen Hiel zum Scherz, Denn er fällt wie du dem Schmerz“ und mit dem Hinzufügen: „Man wollen wir doch sehen, ob sich hierdurch Jemand getroffen fühlen und Strafantrag wegen Beleidigung stellen wird.“ — Und in der That, es ist geschehen. Durch das erwähnte Bild mit der angeführten Unterschrift hat sich beleidigt gefühlt und Strafantrag gestellt Herr Hermann Thoma, „Redakteur“ des „Chemnitzer Tageblatt“. — Wir haben nicht hinzuzufügen. — Wir auch nicht.

Damals gelang es dem „Stiefelbanten“ seine Gattin dahin zu bestimmen, daß sie diesen ihren Entschluß bis nach der Wahl vertagte. Nachher ist das Unvermeidliche eingetreten. Damit dürfen auch die Mittel des „stiefelbanten Volkswanndes“, welche erforderlich sind, einer neuen Schönen am Rhein, einer Andern in der Leipziger Straße in Berlin und einer Dritten in der Eichhornstraße die nächststehende Existenz zu fristen, erschöpft sein. Und dieser Mann rede und schreie sich so oft in Ernter über die angeblich von den Sozialisten verlegte Heiligheit der Ehe!

— Aus der „besseren“ Gesellschaft. Die Zeitungen berichten aus Berlin: „Eine Hedamme, die sich in Damenkreisen einer zahlreichen Rundschicht erfreute und schon seit Jahren ein förmliches Gewerbe daraus gemacht haben soll, den Folgen eines allzu intimen Umganges mit Römern vorzubringen, ist, wie die Zeitungen melden, kürzlich verhaftet worden. Die Verhaftung ist erfolgt auf Grund einer Denunciation, worin die Hedamme beklagt wird, durch die von ihr in Anwendung gebrachten Mittel den Tod eines jungen Mädchens herbeigeführt zu haben. Zur Feststellung des Thatbestandes hat vorgestern Nachmittag auf dem Thomas-Kirchhof die Ausgrabung der Leiche der Verstorbenen stattgefunden. Nach den angestellten Ermittlungen bestand das gedachte Mittel der Quackalberin aus einem höchst eigenthümlichen Präparat, nämlich aus Adelspigen, die sie mit anderen Substanzen vermischt in Wasser gelöst, den ihrer Hilfe bedürftigen Patientinnen verabreichte. Der Prozeß wird voraussichtlich viel Aufsehen erregen, da in demselben Damen aus den angesehensten Familien der Stadt als Jünginnen aufgetreten haben werden.“

— Ein Liebesbrief an Robespierre. Ein Pariser Wochenblatt, die „Revue des documents historiques“, entwirft der Vergangenheit ein Schriftstück, das trotz seiner mangelhaften Orthographie und malschick unregelmäßigen Wortfügung ein interessantes Streiflicht auf die Stimmung der Gemüther in Frankreich während der großen Revolution wirft. Es ist ein Liebesbrief, den eine junge Wittwe an den ihr persönlich unbekannt Robespierre schreibt und der folgendermaßen lautet:

Am 13. Brumaire des Jahres II.

Mein lieber Robespierre!

Seit die Revolution begonnen hat, bin ich verliebt in Dich, allein ich war angeleitet und wußte meine Leidenschaft zu besiegen. Heute bin ich frei, denn ich habe meinen Mann im Verdacht der Verleumdung und ich will Dir angeklagt des höchsten Verlebens dieses Geständnis machen. Ich schreibe mir, mein lieber Robespierre, daß Du für dieses Geständnis, das ich Dir mache, empfindlich sein wirst. Es wird einer Frau hart, ein solches Geständnis zu machen, allein das Papier ist geduldig und man ertröhert weniger aus der Entfernung, als wenn man einander gegenübersteht. Du bist meine oberste Gottheit und ich leane keinen andern aus Erden als Dich. Ich betrachte Dich als meinen Schutzengel und will nur unter Deinen Geleiten leben. Sie sind so lieb und süß, daß ich Dir schwöre, mich mit Dir für's Leben zu vereinigen, wenn Du ebenso frei bist wie ich.

der vielleicht der einzige Mann ist, der dasselbe dormalen hätte regenerieren können.

Verfolgt man nun die Sache weiter, so finden sich in allen Schichten der Administration dieselben Uebelstände vor: überall Männer wie Colonne und sonstige berühmte Schurken, die das Volk auszuwählen, ihre eigenen Taschen füllen, in Leppigkeit und Schwelgerei leben, und nicht die nöthige Zeit finden, an das steuerzahlende Volk zu denken, für welches nach den allgemeinen Glaubensgesetzen doch Gott, wenn nicht auf dieser, so doch in der zukünftigen Welt sorgt. Um das Volk von den vielen Bluteigenen zu befreien, müßten also zunächst hier die Reformen beginnen, die dem Parlament zugemutet werden. Indessen, dieser Riesennarbe scheint diese das Deputirtenhaus keineswegs gewachsen zu sein, denn dieselbe besteht zum größten Theil aus Automaten der Regierung, die von vornherein gar nicht beabsichtigen, ihre Meinung zur Geltung zu bringen, weil sie nicht Volkstherapeut, sondern Regierungscreaturen sind. Wenn man betrachtet, wie es bei den Wahlen für die Kammer zugegangen ist, wo die meisten Deputirten von der Regierung, anstatt vom Volke gewählt wurden, so kann meine Behauptung gar nicht angezweifelt werden, daß das Parlament nichts Anderes als eine große Null ist, das mit dem Comödientenspiel von Napoleon III. große Ähnlichkeit hat. Allerdings wird das Spiel mit Meisterhand getrieben, die Sitzungen daselbst scheinen dem fremden Auge vertrauenswürdig zu sein, und man glaubt endlich einmal, den Volkswillen zum Ausdruck gebracht zu sehen, allein die Zukunft wird uns wohl lehren, daß alle Erwartungen illusorisch waren — und die europäischen Zeitungen, die sich beeilt haben, die Sitzungen in ihren Spalten zu veröffentlichen, vielleicht in Ermangelung sonstigen Materials, werden es wohl bedauern, nicht scharfsichtiger gewesen zu sein. — Ja, der Reorganisationsprozeß, den die Türkei gegenwärtig durchzumachen scheint, wird größtentheils schlecht bearbeitet; man nimmt den Schein für baare Münze und nur Rußland will (freilich nicht aus humanitären, sondern aus bekannten egoistischen Rücksichten) den ganzen Reformentwurf nicht anerkennen. So ist auch eine irrende Meinung über Sostas, Hodsja und Ulema und wie sie Alle sonst noch heißen, in Europa verbreitet. Man hält diese Menschen für maßgebende politische Faktoren in der Türkei, womit man in einer gewissen Beziehung nicht gerade fehl geht; deren in letzteren Zeiten stattgehabten Bewegungen kommen jedoch dem eigentlichen Fortschritt gar nicht zugute.

Der Sostas ist, was man bei uns einen Studenten nennt, bekehrt sich indessen nicht in irdischer Wissenschaft wie bei uns; er lernt den Koran und sonstige in dieses Fach einschlagende Bücher, damit gelangt er entweder zum Priesterstand, wird Imam, oder zum Rechtsstand, indem er Ulema wird. Der Türke kennt also eigentlich keine Wissenschaft in dem Sinne, wie wir sie heut zu Tage verstehen; er sieht Alles durch die Augen der Religion, die jedenfalls nicht dazu angethan ist, freihellen Bewegungen Vorschub zu leisten. Die Religion bleibt der ewige Gegenstand zur Freiheit; wo die Religion aufhört, dort fängt die Freiheit meist an. Die Geschichte liegt vor uns, um dies zu bestätigen.

In den Bewegungen der Sostas darf man also keinen freihellen Tiefsuchenden suchen; dieselben kamen durch die Sostas zur Anregung, weil sie gegen das sonstige unwissende Volk dennoch etwas Bildung besitzen, die die Niederträchtigkeit von der damaligen Regierung zu durchschauen im Stande war. Als diese Männer sahen, wie weit die Türkei durch die Miswirtschaft von Abdul-Aziz gesunken war, und wie wenig daran fehlte, dieselbe zur Beute von Rußland zu machen, erwachte deren in religiösen Grübeleien vertiefter Sinn, und mit Mithad Pascha an der Spitze geschah die Entfernung von Sultan Abdul-Aziz. Sodann kam das Erwachen des Islams gegen die allerorts in-furgirten Basallenstaaten. Der Islam stand in Gefahr, und zunächst war für dessen Rettung zu sorgen; überall entfaltete sich die grüne Prophetenflagge, zu der Alt und Jung eilte, voll Begeisterung, denn Jeder, der für die Sache des Islam stirbt, ist eines sicheren Erwachens im Himmel sicher! — Kommt heute so eine Gefahr, was durch den Russenkrieg, der zu erwarten, möglich ist, so wird sich dasselbe Schauspiel wahrscheinlich in noch größerem Maßstabe wiederholen. Indessen, diese Begeisterung ist kein Erwachen eines sein Vaterland liebenden Volks; es ist Fanatismus, der bekanntlich mehr leistet bei einem ungebildeten Volke, als Patriotismus in vorgeschrittenen Ländern. Daß man dies Erwachen des Volkes nicht in der Stärke und Leistungsfähigkeit der Türken suchen darf, beweist schon der Umstand, daß gerade die Sostas ernstlich mit der Absicht umgingen, die Christen zu massacriren, als die Türkei von den Christen von allen Seiten bedroht war. — Diese Umstände müssen besonders gewarndigt werden, um nicht Fortschritt mit religiösem Fanatismus zu verwechseln und sodann kommt man zum richtigen Schluß, daß vorerst von der Regenerierung des türkischen Volkes im freihellen Sinne noch keine Rede sein kann.

München, 12. April. Am letzten Sonntag Abend fiel ein Einjährig-Freiwilliger über zwei in der Herrnsraße stehende, im eifrigen Gespräche begriffene Arbeiter unter dem Rufe: „Ihr Demokraten, Ihr Spießbuben!“ mit gezogenem Säbel her, kam aber an die Unrechten. Einer der Arbeiter packte den demokratenfresserischen Heidenjüngling und schleuderte ihn auf die Seite, daß er im Strahlenlichte lag. Lachend gingen die Arbeiter von dannen, der übel angelommene Held aber schlich sich beschämt von dannen. Weiterhaupt kann man versichert sein, daß sich bei beherzten Zugriffen in der Regel herausstellen wird, daß die Säbelhelden Feiglinge sind.

Frankfurt, 13. April. In Nr. 41 des „Vorwärts“ meldete ich den Tod unseres erst 34 Jahre alten, braven Genossen Rudolph. Am 6. ds. fand die Beerdigung statt. Die Theilnehmung an dem Leichenbegängnisse war eine zahlreiche zu nennen. Eine Menge Kränze u. dergl. zierten den Sarg, der die sterbliche Hülle eines der edelsten Streiter für die Verwirklichung des Sozialismus in sich barg. Ernst und Schweigend bewegte sich der lange Zug zum Friedhofe wo ebenfalls noch eine erhebliche Zahl an dem Begräbniß theilnahm.

Rudolph hat bei seinen angestrengten körperlichen Arbeiten der Arbeiterbewegung ebenfalls große Dienste geleistet; sowohl der politischen wie der Gewerkschaftsbewegung. Vorzugsweise besaß er ein organisatorisches Talent, verbunden mit großer Sach- und Menschenkenntniß. Ans Krankenlager wurde er ca. 18 Monate gefesselt, in welcher Zeit auswärtige wie hiesige Genossen durch große pekuniäre Opferwilligkeit den Kranken und seine Familie vor Hunger schützten. Am 4. April erlöste ihn der Tod von seinen langen Leiden. Rudolph war als echter Sozialist selbstverständlich auch Freidenker und hatte mit den religiösen Systemen der Gegenwart vollständig gebrochen. Daß dennoch in dem Augenblick, wo seine Kraft erlahmt war, Priester an dem Lager des Sterbenden erschienen, ja, das auch ein solcher am Grabe eine „Rede“ hielt, ist wohl nicht der Wunsch des Todtengewesenen Rudolph gehörte uns und nicht den Priestern! Die Bestimmungsgenossen werden ihm in ihren Herzen ein Denkmal setzen, das Denkmal der Liebe zu einem braven Kämpfer! Klute.

Nachschrift. Der Wohlthätige Magistrat gestattete mir nicht, am Grabe Rudolph's zu sprechen, und lasse ich das diesbezügliche Verbot, welches keines Commentars bedarf, hier folgen:

„Auf Ihr an die hiesige Polizei-Verwaltung gerichtetes, von dieser uns mitgetheiltes Schreiben vom gestrigen Tage gereicht Ihnen zum Bescheide, daß wir — kraft unseres Hausrechts — das von Ihnen beabsichtigte Halten einer Grabrede auf unserm städtischen Friedhofe nicht gestatten und die Polizei-Verwaltung ersucht haben, gegen die Verwirklichung dieses Ihres Vorhabens einzuschreiten.“

Der Magistrat.
Osnabrück, 9. April. Ein nettes Aftenstück ist aus dem hiesigen Kriegerverein hervorgegangen. Es lautet wörtlich:
Osnabrück, 4. April 1877.

An den Herrn X.
Der Vorstand sieht sich veranlaßt, Ihnen zu eröffnen, daß er Ihnen wegen Ihres Verhaltens bei den letzten Wahlen nicht mehr das Recht einräumen darf, Mitglied des Kriegervereins zu sein resp. es nicht zu werden. Nach Auffassung des Vorstandes sind die Bestrebungen der gegnerischen Partei, an denen Sie sich thatsächlich betheilig haben, als reichsfeindlich aufzufassen, und konnte Ihnen diese Auffassung auf keine Weise unbekannt sein.

Sie werden deshalb ersucht, das in Ihrem Besitz befindliche Gewehr dem Vereinstreuer Jung zu überliefern.

Sollten Sie sich bei der Entscheidung des Vorstandes nicht beruhigen wollen, steht Ihnen eine Berufung an die Generalversammlung des Kriegervereins frei.

Im Auftrage des Vorstandes:
H. Pöttinger, Präses.

Man sieht hier wieder, was die Kriegervereine beabsichtigen; man sieht aber auch zugleich, daß ihnen gegenüber das Vereinsgesetz nicht in Anwendung kommt. Die Kriegervereine gebahren sich ganz offen und frei als politische Vereine, und dennoch treten sie miteinander in Verbindung, fassen gemeinsame Beschlüsse u. dergl., trotzdem das Gesetz es verbietet.

Geyer, 11. April. Den Parteigenossen allerorts zur Nachricht, daß eingetretener Schwierigkeiten halber das Erscheinen des Blattes für den 19. sächsischen Wahlkreis sich noch um einige Zeit verzögert hat. Wir hoffen nunmehr, das Blatt bestimmt am 1. Juli erscheinen lassen zu können. Wir ersuchen jedoch, mit der größten Energie die so gewonnene Zeit zu benutzen und überall, wo nur immer möglich, Zeitungsvereine zu gründen und durch Zeichnung von freiwilligen und laufenden Beiträgen, sowie durch Entnahme von Antheilscheinen à 3 Mark und aus sonstigen Quellen zu beschaffende Gelder das Kapital zusammenzubringen, ohne das nun einmal nicht angefangen werden kann. Freundlich Ihr Allen seid gewirgt von der Nothwendigkeit der Existenz eines eigenen Parteiganges im Erzgebirge überzeugt, soll dasselbe aber wirklich in's Leben treten, dann müßt Ihr alle energisch Hand an's Werk legen.

Für das Centralcomité:
C. Demmler, Vorsitzender. Ernst Schletter, Schriftführer.

Der von den Sozialdemokraten, in Verbindung mit den Demokraten Hothoff, Payer, Retter und dem Dänen Krüger eingebrachte Gesuchentwurf zum Schutze der Wahlfreiheit hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen:

- 1) In § 10 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 das 2. Alinea zu streichen.
- 2) Dem § 11 des Wahlgesetzes folgenden Zusatz zu geben: „Die Stimmzettel müssen bei der Wahlhandlung in einem unbeschriebenen Couvert übergeben werden. Jedem Wähler, der in die Wählerliste aufgenommen ist, muß vor Auflegung derselben (§ 8) ein zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmtes Couvert zugestelt werden.“ Die Stimmzettel-Couvert müssen von starkem, undurchsichtigem Papier angefertigt, mit dem Stempel des Wahlkommissärs versehen und für jeden Wahlkreis völlig gleichartig beschaffen sein. Wähler, welche ein amtliches Stimmzettel-Couvert nicht erhalten haben, sind auf Reklamation durch die zuständige Behörde mit einem solchen zu versehen. Amtlich gestempelte Stimmzettel-Couvert sind am Wahltage innerhalb des Wahllokals für die Wähler in genügender Anzahl vorrätig zu halten.“
- 3) In § 15 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 Alinea 2, 3 und 4 zu streichen und statt dessen zu setzen: „Der Wähler übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, das seinen Stimmzettel enthaltende amtliche Couvert zusammengefaßt, aber nicht verschlossen (zugeklebt, versiegelt u. dergl.) dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter (§ 12 des Reglements), welcher dasselbe unerschlossen in das auf dem Tisch stehende Gefäß legt.“

Stimmzettel, welche sich nicht in einem amtlichen Couvert befinden, sowie Couverts, die außer dem amtlichen Stempel ein besonderes Kennzeichen tragen, oder solche Stimmzettel, die verschlossen (zugeklebt, versiegelt u. dergl.) sind, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.“

4) In § 16 des Wahlgesetzes hinter den Worten „Die Kosten“ einzuschalten die Worte: „für die Stimmzettelcouverts“.

5) Dem § 12 des Wahlgesetzes folgenden Zusatz zu geben: „Die Wahl findet an einem Sonntage statt.“

6) Den § 29 des Wahlreglements in seiner jetzigen Fassung zu beseitigen und durch folgende Bestimmung zu ersetzen: „Die engere Wahl findet am zweiten Sonntage nach der Ermittlung des Wahlergebnisses statt.“

7) Nach dem § 107 des Reichsstrafgesetzbuchs einen neuen § 107 a einzuschalten, folgendermaßen lautend:

Wer einem Deutschen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verpricht oder gewährt oder Nachtheile androht, um ihn bei öffentlichen Angelegenheiten zur Abgabe seiner Wahlstimme in einem bestimmten Sinne zu veranlassen, wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft. Ausgenommen sind Hinweisungen auf die aus der Wahl und der Thätigkeit des Gewählten für die öffentlichen Angelegenheiten möglicherweise entspringenden Folgen, auch wenn diese die Verhältnisse des Einzelnen betreffen. Macht sich ein Beamter oder, gegenüber den bei ihm in Arbeit stehenden Personen ein Arbeitgeber oder sein Angestellter der in Abs. 1 bezeichneten Handlung schuldig, so wird er mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

8) Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches den Umfang und die Zahl der Reichstagswahlkreise in Gemäßheit mit den Ergebnissen der letzten amtlichen Volkszählung regelt.

Liebkecht, Hothoff, Payer, Retter, Hoff, Bebel, Frisische, Bloss, Auer, Motteler, Brade, Demmler, Rittinghausen, Kapell, Krüger.

An die Parteigenossen im 18. und 19. hannoverschen Wahlkreise.

Die hinter uns liegenden Reichstagswahlen werden jeden Parteigenossen überzeugen haben, daß Wahlsiege ohne eine gute Organisation, welche ihrerseits wieder die erste Bedingung zu einer erfolgreichen Agitation ist, schwer, ja fast gar nicht zu erringen sind. Um aber eine geeignete Organisation und Agitation schaffend zu werden, lade ich die Parteigenossen des 18. und 19. hannoverschen Wahlkreises und insbesondere aus den Orten Freibruch, Altenbruch, Neuhaus, Othen u. s. w. ein, sich am 29. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Knote in Otterndorf zu einer Versammlung einzufinden, da ich gerade an diesem Tage in Otterndorf anwesend sein werde.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Philipp Krebs.

An die Gesinnungsgenossen des Teltow-Beeskow-Starkower Kreises.

Hierdurch beaufe ich auf Sonntag, den 29. April d. J., Vormittags 11 Uhr, Berlin, Alexanderstraße 31, bei Bogel, eine Conferenz ein, und hoffe ich, daß die Gesinnungsgenossen zahlreich erscheinen werden.

Tagesordnung: 1) Der vom 27. — 30. Mai stattfindende Congreß der deutschen Sozialdemokratie in Gotha. 2) Die Agitation im Teltow u. Kreise.
Mit sozialdemokratischem Gruße
G. Diekmann, Berlin NO., Bahmannstr. 6.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Der Ausschuß des Bundes besetzt aus:
1. Emil Sauerteig, Buchhändler, Vorsitzender.
2. Emil Busch, Tischler, Stellvertreter d. Vors.
3. Emil Rujer, Schuhmacher, Kassirer.
4. Ernst Wigel, Cigarrenmacher.
5. Emil Wast, Tischler.
6. Richard Spägel, Lithograph.
7. Moritz Schneider, Ladner.

Briefe sind zu richten an den Buchhändler Emil Sauerteig in Gotha, Gelder dagegen an den Schuhmacher Emil Rujer, Gotha, Schloßberg 2.

Briefkasten

der Redaktion d. F. in Partei: Eine Schrift, welche die Geschichte der deutschen Fortschrittspartei behandelt, existirt, soviel wir wissen, nicht. „Eine Geschichte der politischen Parteien Deutschlands seit 1848 mit besonderer Berücksichtigung der Fortschrittspartei“ zu schreiben, ist nicht so leicht, doch wir werden die Sache anregen. — B. S. in Jherlohn: Der „Senfelder Bund“ erscheint in Nürnberg. — H. S. in Anonymus in Berlin: Die Annäherung zu „Ein Vorschlag“ rührt nicht von der Redaktion, sondern von dem Verfasser des Artikels her. Wir constatiren gern, daß die „Berliner Freie Presse“ weit mehr Abonnenten hat und Exemplare der „Neuen Welt“ absetzt, als „6 bis 8000“, wie dort angegeben ist. —

Quittung. Riky Wien Ab. 19.35. Arbeiterverein Halle Ann. 0.60. Fred Preß Ab. 1.40. Expedition der „Fadel“ hier Ab. 6.00. Birm hier Ab. 18.75. Ombreg Wien Ab. 6.40. J. Berg Wien Schr. 10.99. B. Rnf Frankfurt Ab. 20.00. Hfar Mainz Ab. 35.00. Jhn Bodenheim Ab. 7.50. Hrsfahr Hochstein Ab. 45.00. Ulrich hier Ab. 1.30. Schr. 0.30. Hür Breslau Ab. 0.50. Laf hier Ab. 0.60. Schneidbergwerkst hier Ann. 5.00. Schmidt Römertadt Ab. 9.00. Smt. 6.62. Drp Berlin Ab. 7.50. Schmidt Hannover Ab. 100.00. Sma Gbzg Ab. 8.00. Umml Dresden Ab. 3.00. Jffw Jena Porto 0.90. Hngz Rybnik Ab. 2.00.

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Montag, den 23. April, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof Versammlung. Tagesordnung: 1. Soziale Rundschau. Refer. Dr. Eichler. 2. Besprechung über Einberufung künftiger öffentlicher Schneiderversammlungen. 10.50
Gäste sind willkommen. D. B.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonntag, den 21. April, Abends 8 Uhr: Versammlung. Taubstummweg und kurze Straße Ecke, Restauration von J. Menzel.

Tagesordnung: Diskussion über eingelaufene und zu stellende Anträge zur Haupt- und Generalversammlung. Gewerkschaftliches. Sonntag, den 28. April: Berichterstattung der Commission über die neue Krankenkassenstatuten-Vorlage. 2. Fortsetzung der vorigen Tagesordnung. Der Vorstand. 90

Soblen erschieen:

Skizzen und Studien zur französischen

Revolutions-Geschichte. Von R. Brunemann.

Einzelpreis à 1 Mk., bei Bezug in Partien à 75 Pfg. per Exemplar. Verendung gegen baar oder Postvorschuß. (Ba) Braunschweig, den 15. April 1877. [2.70

W. Brade jun.

Soblen erschieen und ist durch uns zu beziehen:

Ein photographisches Tableau

eine Tischplatte, in deren Stamm sich die Portraits von Lassalle, Marx und Jacoby befinden, die 12 sozialistischen Reichstagsabgeordneten sind in den Nesten derselben angebracht. Der untere Theil ist auf das sinnreichste angefaßt. Das Ganze giebt eine prachtvolle Zimmerzierde.

Angefertigt vom Parteigenossen R. B. Reinders in Breslau.

Preis pro Exemplar 1 Mark 50 Pfg.

Schlesische Volksbuchhandlung.

H. Zimmer & Co. [450

Breslau, Schuhbrücke 42 I.

Durch uns ist zu beziehen:

Allgemeine Theorie

der

Bewegung und Kraft

als Grundlage der Physik und Chemie.

Von

Friedrich Mohr.

Gr.-Oktav. 144 Seiten. Preis pr. Expl. 2.50 Mk.

Buchhandlung des „Vorwärts“.

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt“

sind à Stück Mk. 1.20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteur und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einblendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: H. Hasenclever in Leipzig. Redaktion und Expedition Harberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.